Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. 80 Jahre Kriegsgedenken: Russlands Botschafter Netschajew ist der Star von Seelow
2. Die Grausamkeit und Sinnlosigkeit von Kriegen in Bild und Ton
3. Schadhafter Volkskörper
4. Von Bild gehetzt, von Merz vollstreckt: So geht Klassenkampf von oben
5. Kritik an Sanierungsstau: Bericht wertet 16.000 Brücken in Bundeshand als baufällig
6. Neuer Wirtschaftsminister: Das Spahn-Linnemann-Syndrom
7. Verbot russischer Flüssiggasimporte in EU vom Tisch
8. Trump und die Finanzmärkte: Es könnte ganz einfach sein
9. Facebook, Instagram und WhatsApp: Meta wollte Prozess um Zerschlagung offenbar mit Milliardenzahlung abwenden
10. Peter-Michael Diestel über Baerbock und Co.: „Ich habe Angst vor der uns umgebenden politischen Dummheit“
11. Jens Spahns Vorstoß zum Umgang mit AfD sorgt weiter für Kritik
12. Staatsanwaltschaften in SH an der Grenze des Leistbaren
13. Messerangriff im U-Bahnhof: Warum der Täter von Charlottenburg frei herumlief
14. Die vergessene Katastrophe
15. Die Welt erstickt im Plastikmüll – und Europa recycelt besonders wenig
16. Geheimniskrämerei um WHO-Pandemieabkommen

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **80 Jahre Kriegsgedenken: Russlands Botschafter Netschajew ist der Star von Seelow**
   Jahrestag der Schlacht um die Seelower Höhen: Trotz einer Handreichung kam

Russlands Botschafter – und erhielt viel Zuspruch von Linken bis AfD-Anhängern. Bilder, die Berlin eigentlich nicht wollte. […]
Die Stimmung auf dem Ehrenmal war einerseits angespannt – und doch friedlich. „Viele sind aus Protest gegen die Handreichung gekommen“, mutmaßt ein Besucher im Gespräch mit der Berliner Zeitung. „Eine bodenlose Frechheit, was sich Frau Baerbock da erlaubt hat.“ Die Besucherschar war bunt gemischt:
Quelle: Berliner Zeitung

2. **Die Grausamkeit und Sinnlosigkeit von Kriegen in Bild und Ton**
   Die verstörenden und grauenvollen Bilder von den gegenwärtigen Schlachtfeldern in der Ukraine und in Gaza mit den Leichenbergen und Schmerzensschreien der Verstümmelten in sinnlosen Kriegen bleiben uns in den Medien zumeist erspart, die uns stattdessen die Wirksamkeit neuer Waffen unserer profitierenden deutschen Rüstungsschmieden (allen voran Rheinmetall mit Nazi-Vergangenheit) vorführen. Diese bringen nichts als großes Leid und haben die Regierungen in ihre Abhängigkeit gebracht. Auf „erfolgreich zerstörte“ oder „zurückeroberte“ Gebiete reduziert sich die mediale Bilderflut und erspart uns die Bilder des Grauens.
   Anders sind dagegen die Bilder und Töne im erschütternden Film „Warfare“ (Kriegführung), der ab Ostern die Brutalität von Kriegen auf die große Leinwand bringt, obwohl er schwer auszuhalten ist. Er sei auch allen Schülern empfohlen, die derzeit in den Schulen schon als Minderjährige von den Militärs für den „Soldatenberuf“ umworben werden zur Vorbereitung auf das Töten von Menschen. Nahegelegt sei der Film aber auch allen Bellezisten und Waffennarren hierzulande, die ihrer eigenen Propaganda glauben: Mit immer mehr Waffen sei angeblich Frieden zu schaffen statt Leid und Tod zu erzeugen.
   Quelle: Lokalkompass
3. **Schadhafter Volkskörper**
   Bei den Deutschen liegt der Pazifismus nicht nur im Blut, sondern sogar in den Genen, erfährt man im ARD-Programm — verbunden mit der Hoffnung, dass man diesen Gen-Code überschreiben kann.
   Man muss krank sein, um den Krieg nicht zu lieben. Zumindest muss man an einer Art Lebensschwäche, einer Lähmung der Willenskraft leiden, die einen daran hindert, im Überlebenskampf der Völker seinen Mann oder seine Frau zu stehen. Wir kennen die Pathologisierung des Pazifismus aus besonders kriegstüchtigen Zeiten der deutschen Geschichte. Neu ist, dass dieses Argumentationsmuster in zeitgenössischen Talkshows wieder auftaucht. Bei Caren Miosga etwa, die im Gespräch mit dem Polit-Veteranen Joschka Fischer herausarbeitete, dass die Deutschen an einer Art Gendefekt leiden müssen — genannt „Kriegsmüdigkeit“ oder Friedensliebe. Gewiss hat das alles noch mit den Nachwirkungen des Zweiten Weltkriegs zu tun. Aber einmal muss doch

Schluss damit sein, dass wir Hitler als Ausrede für die eigentliche defätistische Weichlichkeit missbrauchen. Die alten Traumata müssten nach 80 Jahren überwunden sein — mit frischer Kraft wird unsere Generation neue erschaffen.
Quelle: Roberto J. De Lapuente auf Manova

4. **Von Bild gehetzt, von Merz vollstreckt: So geht Klassenkampf von oben**
Für ihre Hetze gegen Bürgergeld-Empfänger kassierte Bild eine Rüge – zu spät. Merz hat längst geliefert, mit Kürzungen, Sanktionen und Hartz-IV-Rhetorik. Über das Geheimnis der Klassenpolitik in Deutschland
„Immer öfter Stütze statt Arbeit", „Bürgergeld ist zu hoch! Empfängern droht neuer Hammer", oder „Bürgergeld bis zu 10 Milliarden Euro zu teuer". Das sind nur drei Schlagzeilen der Bild aus dem vergangenen Sommer, in dem das Blatt wiederholt behauptet, es seien knapp vier Millionen erwerbsfähige Menschen im Bürgergeld, die alle arbeiten könnten, wenn sie nur wollten. Das ist schlicht falsch, man könnte fast vermuten: gelogen.
Quelle: Helena Steinhaus in der Freitag
5. **Kritik an Sanierungsstau: Bericht wertet 16.000 Brücken in Bundeshand als baufällig**
Das Verkehrsministerium unterschätzt laut einem Bericht die Zahl maroder Brücken in Deutschland. 16.000 Brücken in Bundeshand sind der Organisation »Transport & Environment« zufolge baufällig. Sie fordert einen Strategiewechsel. […]
»Wird die Sanierung dieser Brücken verschleppt, dann sind sie anfälliger für Verschleiß, was mittelfristig zu noch höheren Kosten führt«, schreibt T&E. Der europäische Dachverband nicht staatlicher Organisationen versteht sich als Thinktank für Zukunftsmobilität.
Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene müssen nach T&E-Berechnungen bis zu 100 Milliarden Euro in den Ersatzneubau von Brücken investiert werden.
Quelle: DER SPIEGEL
6. **Neuer Wirtschaftsminister: Das Spahn-Linnemann-Syndrom**
Der CDU-Topkandidat fürs Wirtschaftsministerium verzichtet. Sagt das mehr über den Mann, der nicht will? Oder über ein Haus, das (fast) keiner mehr haben möchte?
Quelle: WirtschaftsWoche
7. **Verbot russischer Flüssiggasimporte in EU vom Tisch**
Die Europäische Union hat sich nach Angaben von EU-Vertretern von der Idee verabschiedet, in künftigen Sanktionsrunden auf ein Verbot russischer Flüssiggasimporte zu dringen. Gründe dafür seien der Widerstand einiger EU-Staaten sowie die Ungewissheit, wie die Ausfälle alternativ aufgefangen werden sollen.
Quelle: ORF

Anmerkung André Tautenhahn: *Hat man endlich gemerkt, dass es Ressourcen nicht überall, sondern nur in bestimmten Regionen der Welt gibt?*

8. **Trump und die Finanzmärkte: Es könnte ganz einfach sein**
   Einer der wichtigsten Handelsberater von Donald Trump, Peter Navarro, hat vor einiger Zeit in einem Artikel der Financial Times die Politik des amerikanischen Präsidenten verteidigt und dabei, ohne dass es in Kontinentaleuropa jemandem aufgefallen wäre, zumindest einen sehr starken Punkt gemacht.
   Navarrro schreibt:
   At the heart of this crisis is a trade deficit in goods that has ballooned to more than $1tn annually. The economic models of free trade that predict chronic trade imbalances will always be eliminated through price adjustments via exchange rates are dead wrong. (Im Zentrum dieser Krise steht ein Handelsdefizit bei Gütern, das auf über 1 Billion US-Dollar pro Jahr angestiegen ist. Die Wirtschaftsmodelle des Freihandels, die vorhersagen, dass chronische Handelsungleichgewichte durch Preisanpassungen über Wechselkurse beseitigt werden, sind völlig falsch.)
   Dass er sich nur auf die Gütermärkte und nur auf das Handelsbilanzdefizit bezieht, ist irreführend, weil auch Dienstleistungen wertvolle Tauschware in dieser Welt sind. Das ist jedoch eine lässliche Sünde, er hätte das Leistungsbilanzdefizit nehmen sollen, das sich im vergangenen Jahr für die USA ebenfalls auf mehr als eine Billion belief und die Dienstleistungsbilanz enthält. Völlig Recht hat er jedoch, was die ökonomischen Modelle und die Rolle der Finanzmärkte betrifft.
   Quelle: Relevante Ökonomik
9. **Facebook, Instagram und WhatsApp: Meta wollte Prozess um Zerschlagung offenbar mit Milliardenzahlung abwenden**
   Bis zu einer Milliarde Dollar soll der Facebook-Konzern geboten haben, um das Verfahren mit einem Vergleich zu beenden. Doch die US-Handelsaufsicht hatte laut »Wall Street Journal« ganz andere Größenordnungen im Sinn.
   Der Prozess zur möglichen Zerschlagung von Meta bringt überraschende Enthüllungen zutage. Der Facebook-Konzern hätte das offenbar gern vermieden. Das »Wall Street Journal« jedenfalls berichtet , Meta habe der FTC im März zunächst eine Zahlung von 450 Millionen Dollar angeboten, um das Verfahren mit einem Vergleich zu beenden. Die Behörde habe aber 30 Milliarden Dollar verlangt.
   Quelle: DER SPIEGEL
10. **Peter-Michael Diestel über Baerbock und Co.: „Ich habe Angst vor der uns umgebenden politischen Dummheit“**
    In der deutschen Politik haben sich Figuren breitgemacht, die in keiner Weise den Anforderungen der heutigen Zeit entsprechen, sagt der letzte DDR-Innenminister. Ein

Gastbeitrag. […]
Es haben sich mit dem abgeschlossenen Koalitionsvertrag zwei extrem geschwächte politische Kräfte zusammengetan, und sie haben nur eine einzige Zielsetzung: das Volk beim Ausbauen der „Brandmauer“ einzubinden. Jetzt wissen wir, dass diese politische Mauer völlig nutzlos war, denn man kann die derzeit stärkste politische Partei nicht verbieten oder ausgrenzen. Wir können sie nur in der parteipolitischen Auseinandersetzung bekämpfen. […]
In der deutschen Politik haben sich Figuren breitgemacht, die in keiner Weise den Anforderungen der heutigen Zeit genügen. Politiker ohne Bildung und ohne Ausbildung, Politiker, die noch nie in ihrem Leben wertschöpfend gearbeitet haben, Politiker, die ihre Lebensläufe eigenhändig gestalten und dabei der Fantasie freien Lauf lassen, Politiker, die ihre Doktorarbeiten schreiben lassen müssen, weil sie es selber nicht können, zu faul sind, diese zu lesen und dumm genug, bei simplen Plagiatsprüfungen durchzufallen.
Quelle: Berliner Zeitung

11. **Jens Spahns Vorstoß zum Umgang mit AfD sorgt weiter für Kritik**
Der frühere Gesundheitsminister Spahn schlägt vor, die AfD genau wie jede andere Oppositionspartei zu behandeln. Die Kritik an dem Vorschlag reißt nicht ab.
Quelle: Berliner Zeitung

dazu auch: **Trumps Jünger: Spahn will neuen Umgang mit AfD**
Spahn weiß, was das höhere Wesen in Washington will: Atlantiker sein heißt, nicht mehr von Brandmauer zu quatschen. Erst im Januar zwitscherten Alice Weidel und Elon Musk allerhand Tollkühnes, etwa, dass nur die AfD Deutschland retten könne. Ähnliches Heil verkündete Trumps Stellvertreter auf Erden, J. D. Vance, danach in München zwar nicht, wurde aber verstanden. Einige Wochen nach seiner Rede über Verfolgung von Trump-Gläubigen in der EU machten 20,8 Prozent der deutschen Wähler, 10,3 Millionen Personen, die AfD mit 152 Abgeordneten zur zweitstärksten Bundestagsfraktion.
Quelle: junge Welt

12. **Staatsanwaltschaften in SH an der Grenze des Leistbaren**
Einer der Gründe für die starke Arbeitsbelastung liegt laut Güntke in der voranschreitenden Digitalisierung aller Lebensbereiche. Oft müssten große Datenmengen ausgewertet und aufbereitet werden. Das binde personelle und technische Ressourcen, so sein Fazit. Die Datenflut spielt vor allem in der Wirtschaftskriminalität und der sexualisierten Gewalt gegen Kinder eine bedeutende Rolle. Verabredungen zu kriminellen Handlungen werden laut Güntke aber auch

ansonsten sehr oft über das Smartphone getroffen.
Quelle: NDR

13. **Messerangriff im U-Bahnhof: Warum der Täter von Charlottenburg frei herumlief**
Ähnlich wie nach den Taten in Solingen und Aschaffenburg müssen sich Staat und Justiz fragen lassen, warum der Täter sich noch in Freiheit befand.
Der Syrer Shadi S., der am Wochenende in Charlottenburg einen Mann erstach, müsste eigentlich im Gefängnis sitzen. Der vielfach vorbestrafte Mann war wegen gefährlicher Körperverletzung und weiterer Delikte zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden. Obwohl er zum Schluss dann doch in Haft sollte, blieb er frei – und tötete am vergangenen Sonnabend im U-Bahnhof Sophie-Charlotte-Platz den 29-jährigen Steve H. Als er danach Polizisten angriff, wurde er erschossen. Es ist nicht das erste Mal, dass Staatsversagen ein Verbrechen begünstigt hat.
Quelle: Berliner Zeitung
14. **Die vergessene Katastrophe**
Ein schockierendes Massaker im Sudan zeugt vom Versagen der Militärführung — die Weltgemeinschaft schaut überwiegend weg.
In einem erschütternden Bericht der New York Times vom 26. März 2025 unter dem Titel „Luftangriffe des sudanesischen Militärs auf die Region Darfur“ lenkt Malachy Browne erneut weltweit die Aufmerksamkeit auf den Sudan. Es handelt sich um das grausame Massaker auf dem Markt von Tura im Norden von Darfur am 25. März durch vier verheerende Luftangriffe. Die Angriffe führten nach Schätzungen zu 400 bis 1.500 Todesopfern und ließen verbrannte Körper und verstreute Körperteile zurück — ein erschütterndes Bild dokumentiert durch Bilder und Videos der Zeitung sowie die Aussage einer Augenzeugin: „All diese Menschen waren arm, unschuldig und unbewaffnet.“ Diese traurige Situation zeigt deutlich das Versagen der Militärführung im Sudan auf — sie versucht ihre internationale Krise durch Konflikte mit Ländern wie dem Tschad zu exportieren und verweigert die Auseinandersetzung mit der Realität vor Ort. Dadurch wird eine humanitäre Krise weiter verschlimmert; bereits 14 Millionen Menschen wurden vertrieben und Hungersnot breitet sich im ganzen Land aus — begleitet von fortwährend schwerwiegenden Verbrechen gegen die eigene Bevölkerung seit dem Militärputsch von 2021 — und verdeutlicht damit die katastrophale Führung des Landes.
Quelle: Manova
15. **Die Welt erstickt im Plastikmüll – und Europa recycelt besonders wenig**
Plastikflut ohne Ende: 400 Millionen Tonnen Kunststoff wurden 2022 produziert, doch nur ein Bruchteil davon stammt aus recyceltem Material. Beim Umgang mit Plastikmüll gibt es große Unterschiede zwischen den Erdregionen. Europa steht dabei

gar nicht gut da. […]
Beim Umgang mit Plastikmüll gibt es große regionale Unterschiede. In der EU28 landeten 29 Prozent des Kunststoffmülls auf Deponien, in den USA waren es dagegen 76 Prozent. Die USA führten nur fünf Prozent des Plastikmülls dem Recycling zu, in der EU28 lag diese Quote immerhin bei 14 Prozent. Höher ist die Recyclingquote der Studie zufolge in China (23 Prozent) und in Indien (15 Prozent). In Indien gehen allerdings 43 Prozent des Kunststoffabfalls durch Missmanagement verloren. In Japan fehlt es an Flächen für Deponien, weshalb dort 70 Prozent des Plastikmülls verbrannt werden.
Die Studie zeige, dass sich die Verbrennung mit 34 Prozent zu einer weltweit immer wichtigeren Methode der Kunststoffabfallbehandlung entwickle, schreiben die Studienautoren.
Quelle: web.de

16. **Geheimniskrämerei um WHO-Pandemieabkommen**
Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bleibt sich treu. Die Weltöffentlichkeit darf bisher nicht erfahren, was die Verhandlungsführer im Intergovernmental Negotiating Body (INB) zum WHO-Pandemieabkommen am 15. April vereinbart haben. Die WHO und die berichtenden Medien, wie die Nachrichtenagentur dpa, speisen sie mit jeder Menge Floskeln, Funktionärssprüchen und nicht verifizierbaren Versicherungen ab, die Kritiker beruhigen sollen. Offenbar soll eine öffentliche Diskussion über den Vertragsentwurf vor der Abstimmung darüber verhindert werden.
Quelle: Norbert Häring